

An den Landrat

Glarus, 25. Oktober 2023

**Kommissionsbericht zur Vorlage
Gewährung eines Objektkredites über 35,555 Millionen Franken für die Erweiterung
der Berufsfachschule Ziegelbrücke**

Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die landrätliche Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr behandelte die Gewährung eines Objektkredites über 35,555 Millionen Franken für die Erweiterung der Berufsfachschule Ziegelbrücke an ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2023 in folgender Zusammensetzung:

Vorsitz: LR Christian Marti, Glarus

Mitglieder: LR Franz Freuler, Glarus
LR Martin Baumgartner, Engi
LR Roland Goethe, Glarus
LR Kaj Weibel, Mollis
LR Andrea Bernhard, Glarus
LR Kaspar Krieg, Niederurnen

Ersatzmitglieder: LR Dominique Stüssi, Niederurnen (für LR Mathias Vögeli, Rüti)
LR Christian Büttiker, Netstal (für LR Hans Rudolf Forrer, Luchsingen)

An der Sitzung nahmen weiter teil:

- LS Kaspar Becker, Vorsteher DBU
- RR Markus Heer, Vorsteher DBK
- Martina Rehli, Departementssekretärin DBU
- Balz Bänziger, Departementssekretär DBK
- Andrea Wittwer Joss, DBU, HAL Hochbau

Das Sitzungsprotokoll wurde von Frau Martina Rehli, Departement Bau und Umwelt, geführt.

Für die Bearbeitung standen der Kommission folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Antrag des Regierungsrates an den Landrat

1. Grundsätzliches

Die Vorlage hat eine lange Vorgeschichte. Vorliegend geht es um die Kreditierung der Bauumsetzung für die Erweiterung der Berufsfachschule Ziegelbrücke. Der Landrat beauftragte 2018 den Regierungsrat mit der Zusammenführung des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales sowie der Gewerblich-Industriellen Berufsfachschule an einem Standort. Das Vorprojekt als Resultat eines Wettbewerbsverfahren liegt vor. Dieses bildet die Basis für Kreditierung. Zwei Landratsbeschlüsse waren Grundlage für die Erarbeitung des Vorprojekts: im November 2018 wurden 940'000 Franken für die Durchführung des Wettbewerbs und Erarbeitung Vorprojekt gewährt, im Februar 2022 wurden 700'000 Franken als Zusatzkredit für Erarbeitung Vorprojekt gewährt. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich auf 36'255'000 Franken, abzüglich des Planungskredits im 2022 ergibt sich daraus ein Verpflichtungskredit von 35'555'000 Franken (+/- 15%).

Es handelt sich um ein interdepartementales Projekt. Die Arbeiten zum Objektkredit wurden gemeinsam mit dem Nutzerdepartement vorangetrieben. Das Nutzerdepartement (Departement Bildung und Kultur, DBK) war an der Kommissionssitzung ebenfalls vertreten und stand für offene Fragen zur Verfügung.

Das Departement Bau und Umwelt (DBU) führte anhand einer Präsentation in die Vorlage ein. Das zweitplatzierte Projekt aus dem Wettbewerb konnte gut entwickelt werden. Die Erhöhung der Sporthalle hat der Regierungsrat nochmals behandelt, kam aber zum Schluss, von dieser Option abzusehen. Dagegen sprach sich der Regierungsrat für die Option der Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Sporthalle aus.

Das DBK betonte aus bildungspolitischer Sicht die Wichtigkeit der Erweiterung des Standorts Ziegelbrücke. Die Schule wird wachsen, insbesondere mit Verweis auf die Pflegeinitiative und die Ausbildungsoffensive. Die aktuellen Einrichtungen in Ziegelbrücke seien nicht mehr modern genug. Mit dem Projekt können sowohl die Raumknappheit behoben als auch Synergien genutzt (Zusammenführung Schulen) sowie Mietlösungen minimiert werden. Es handle sich um ein Leuchtturmprojekt. Die Schulleitungen wurden eng und vorbildlich in die Erarbeitung des Projekts miteinbezogen. Die Zusammenarbeit verlief sehr gut. Mit dem vorliegenden Projekt werden keine Luxuswünsche umgesetzt. Der Raumbedarf wird für die nächste Zeit gedeckt sein.

2. Eintreten

Das Eintreten war in der Kommission unterbestritten.

3. Detailberatung

Aus der Kommission wurde insbesondere die geplante Fotovoltaikanlage auf dem Dach für gut befunden. In Bezug auf die Auflösung der Abwartswohnung wurde eingebracht, dies entspreche zwar dem Zeitgeist, mit Bezug auf den nahen Standort des Bahnhofs Ziegelbrücke und möglichem Vandalismus sei diese Entwicklung nicht optimal. Bedauert wurde zudem, dass die Erweiterung der Berufsschule mit dem zweitplatzierten Projekt in der Fläche erfolge und nicht in die Höhe stattfinde. Das DBU erklärte, die Entwicklung in die Höhe sei mit diesem Projekt nicht möglich. Eine Anpassung des Wettbewerbsprojekts sei aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen. Wohl könne aber in Zukunft ein Ersatz der bisherigen Bauten entsprechend geplant werden.

Auch die Nutzung von Holz im Zuge der Nachhaltigkeit wurde aus der Kommission begrüsst. Hinterfragt wurde, weshalb die Turnhalle in den Boden gebaut werde. Der CO₂-Ausstoss sei bei Bauten im Boden viel grösser. Das DBU erklärte, dass der Hauptbau nicht konkurrenziert werden sollte. Zudem brauche diese Nutzung kein Sonnenlicht.

Auf die Frage, weshalb eine Indach-Solaranlage geplant sei, antwortete das DBU, es handle sich um die kostengünstigste Variante.

Aus der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass die Erschliessung mit dem motorisierten Individualverkehr nochmals geklärt werden solle. Diese Anregung nahm das DBU für die weiteren Arbeiten gerne auf.

Die Kommission diskutierte die Option der Erhöhung der Sporthalle kurz. Es wurden allerdings keine Anträge gestellt. Das DBU erklärte, der Regierungsrat habe diese Option bewusst transparent kommunizieren wollen. Die Bedarfserhebung aus dem Jahr 2019 wurde den Kommissionsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Aus der Kommission wurde bedauert, dass keine Zertifizierung als Minergie-P-Projekt vorgesehen sei. Damit könnte gewährleistet werden, dass die Einhaltung der Standards kontrolliert werde. Das DBU wies darauf hin, dass mit dem vorliegenden Projekt die Vorgaben der Energiegesetzgebung eingehalten werden. Die Einhaltung des Energienachweises erfolgt über eine private Kontrolle (<https://www.gl.ch/verwaltung/bau-und-umwelt/umwelt-wald-und-energie/umweltschutz-und-energie/energie/energienachweis.html/764>). Die Einhaltung der energierechtlichen Vorgaben, wie sie mit dem vorliegend geplanten Projekt vorgesehen ist, ist nicht identisch mit der Zertifizierung Minergie-P. Diese Zertifizierung kostet gemäss zwischenzeitlich erfolgter Abklärung etwa 45'000 Franken. Noch nicht abschliessend geklärt ist, ob damit erhöhte Anforderungen verbunden wären, welche eine Überarbeitung des Projekts bedingten. Die vorgesehene zweite Fotovoltaikanlage geht aber bereits über die Anforderungen der Energiegesetzgebung hinaus.

Die Kommission lehnt einen Antrag, der eine Zertifizierung nach Minergie-P verlangt, im Verhältnis Ja 2 / Nein 4 / Enthaltungen 3 ab.

4. Kommissionsentscheid

In der Schlussabstimmung beschliesst die Kommission, dem Landrat die Zustimmung zur unveränderten Vorlage zu beantragen (im Verhältnis Ja 7 / Nein 0 / Enthaltungen 2).

5. Antrag

Die Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr beantragt dem Landrat, der Vorlage unverändert zuzustimmen.

Genehmigen Sie, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

**Landrätliche Kommission
Bau, Raumplanung und Verkehr**



LR Christian Marti
Kommissionspräsident